

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum 80 ⚡
für Versammlungsanzeigen 10 ⚡ pro Zeile.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Ausgangs September werden es 51 Jahre, daß in Berlin ein von der sozialdemokratischen Partei (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein) veranstalteter Arbeiterkongreß die Gründung eines Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbandes (lies Gewerkschaftsverband) vornahm. Er existierte nicht lange, weil ihm die Grundlage fehlte: festfundierte Gewerkschaften! Diese mußten erst vorhanden sein, bevor die Basis ihres Zusammenschlusses gegeben war. Nichtsdestoweniger hat jener Kongreß sowohl wie der Arbeiterschaftsverband den Anstoß zu unsern heutigen Gewerkschaften gegeben und es erscheint angebracht, bei der neuen Entwicklungslufe, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung mit dem Zusammenschluß zum allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund erklimmt, an ihren Ausgangspunkt zu erinnern. Die Entwicklung von jenem Ausgangspunkte bis zu ihrem heutigen Stande macht die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus. Es ist natürlich nicht möglich, diese Geschichte mit einigen Sätzen zu veranschaulichen, das erfordert vielmehr ein starkes Werk, das noch nicht geschrieben ist. Immerhin läßt sich sagen, der Allgemeine deutsche Arbeiterschaftsverband sollte nach der Absicht seiner Gründer eine umfassende, festgestützte Organisation der gesamten Arbeiterschafte Deutschlands sein „zum Zweck gemeinsamen Vorschreitens vermittels der Arbeitseinstellungen“. Innerhalb des Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbandes sollten „die Arbeiter der einzelnen Geschäftszweige sich in allgemeinen Gewerkschaften vereinigen“. So sollte es ermöglicht werden, daß eventuell „50 000 Arbeiter an einem Tage die Arbeit einstellen, ohne um ihren Lebensunterhalt in Sorge zu sein, da die Unterstützung ihrer Brüder in ganz Deutschland ihnen gewiß ist“. Es müsse möglich gemacht werden, daß, wenn die Kapitalisten und Fabrikanten in unberechtigtem Uebermut und schamloser Habgier verharren, die Industrie einer ganzen Stadt, einer ganzen Gegend lahmgelegt werde; es müsse dafür gesorgt sein mit einem Wort, daß der Kampf unerbittlich bis aufs äußerste geführt werden könne.

Welchen ruhigen Eindruck macht demgegenüber das umfangreiche Gewerkschaftsprogramm in den Satzungen des neuen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes! Es lautet: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Erwerbszweige bedürfen zur Vertretung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen der beruflichen Vereinigung in Gewerkschaften. Nur durch den Kampf der Gewerkschaften und durch kollektive Vereinbarungen mit den Unternehmern, deren Vereinigungen sowie mit den Leitungen sozialisierter (staatlicher und gemeindlicher) Betriebe können die Arbeitsverhältnisse einheitlich und vorteilhaft geregelt werden. Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen dauernd im Interesse der Volksgesundheit zu heben, ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Sie kämpfen für die völlige Gleichstellung der Arbeiterklasse mit den übrigen schaffenden Gliedern des Volkes. Die Gewerkschaften wollen den Wert und das Recht der Arbeit im Staat zur vollen Geltung bringen, auch die Güte der Arbeit pflegen und die Freude an der Arbeit mehren helfen. Sie wollen die geistige Fortbildung in der Arbeiterschafte fördern und dieser den Genuß der höchsten Kulturgüter erschließen. Solange der Staat und die Gemeinden nicht eine ausreichende Fürsorge für die Erwerbsunfähigen, Erwerbsbeschränkten und Erwerbslosen durchgeführt haben, pflegen die Gewerkschaften ihre eigenen Unterstützungseinrichtungen als notwendige soziale Selbsthilfe. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben fordern die Gewerkschaften maßgebenden Einfluß auf die Regelung der Wirtschaftsverhältnisse in Staat und Gemeinde, auf die Sozialgesetzgebung, die gewerbliche Rechtsprechung und die Unfallverhütung wie auch auf die Umgestaltung der Kultur-, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der Völker. Eine Gewerkschaft

kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie sich als Zentralorganisation eines Berufes oder einer Industrie-gruppe über das ganze Land ausdehnt. Da das Ziel aller gewerkschaftlichen Zentralverbände das gleiche ist, vereinigen sie sich zur gegenseitigen Förderung und Unterstützung unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“.

Diese Gegenüberstellung kann den Eindruck erwecken, als sei man vor 51 Jahren viel radikalere aufgetreten als jetzt. Allein schon eine kurze Ueberlegung dürfte erkennen lassen, daß in dieser Gegenüberstellung die Machtentwicklung der Gewerkschaften zum Ausdruck kommt. Je kraftloser sie waren, um so stärker die Worte. Es müßte überraschen, wenn es anders wäre.

Noch an eine andere Entwicklungsreihe darf bei dieser Gelegenheit erinnert werden. Lassalle, der Erwecker der modernen deutschen Arbeiterbewegung, vertrat den Standpunkt, daß Lohnbewegungen nur in wenigen und flüchtig vorübergehenden Ausnahmefällen gewissen Arbeitkreisen eine Erleichterung bringen, niemals aber eine wirkliche Verbesserung des Arbeiterstandes herbeiführen könnten. Aber trotzdem trat er für das Recht, sich durch gemeinschaftliche Verabredung über eine gemeinschaftliche Niederlegung der Arbeit zu vereinigen, um hierdurch höhere Löhne zu erlangen, ein, weil diese Forderung einmal eine juristisch ganz berechnete und zweitens eine ganz vortreffliche im Sinne seiner Agitation sei. Im gleichen Sinne schrieb auch v. Schweiger vor 51 Jahren: Es werde einem Sozialisten nie in den Sinn kommen, Arbeitseinstellungen organisieren und als Agitationsmittel benutzen zu wollen, wenn diese Arbeitseinstellungen nicht von selbst da seien. Denn der Sozialist sei der Ansicht, daß es besser wäre, ganz direkt auf das Ziel loszugehen — aufs Ziel: den Staat unter die Bestimmung der Arbeiterklasse zu bringen, die ihrerseits nichts anderes tun könne, als die Gegensätze aufzuheben. Aber für ihn gab es innerhalb der tatsächlichen Verhältnisse für die Entwicklung der Arbeiterklasse zu selbstbewusstem sozialpolitischem Element keinen andern Anknüpfungspunkt als den im Lohnverhältnis sich zeigenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Hier sollte der Hebel eingesetzt werden und wurde vor 51 Jahren auch tatsächlich eingesetzt durch Gründung von Gewerkschaften und des Arbeiterschaftsverbandes. v. Schweiger ist bald an seinem Werk verzweifelt und aus der Arbeiterbewegung ausgeschieden. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich entwickelt ohne ihn. Die Gewerkschaften haben in der Periode der privatkapitalistischen Warenproduktion die Arbeiter zum Klassenkampf erzogen. Sie haben große Massen der Arbeiter in starken Verbänden gegen die Unternehmer vereinigt, sie in Lohnkämpfen geschult und durch wirtschaftliche Bildung zur Erkenntnis ihrer Lage und zum Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge gebracht. Die Gewerkschaften haben in jahrzehntelangem systematischem Kampf den Unternehmern nicht nur Arbeitszeitverkürzungen und Lohnverbesserungen abgerungen, sondern auch die Stellung der Arbeitnehmer in den von den Gewerkschaften beeinflussten Betrieben der Arbeitgeberwillkür entzogen. Sie haben der Arbeiterschafte die Anerkennung ihrer Organisation als gleichberechtigtem Vertragsteil erkämpft und in beträchtlichem Umfang die gewerkschaftlichen Erfolge durch kollektive Arbeitsverträge sichergestellt. Sie haben ferner die Umwandlung des Arbeiterrechts, vordem ein einseitiges Herrenrecht des Unternehmers, zum paritätischen Recht angebahnt und gefördert sowie auf die Sozialpolitik und die Gesetzgebung einen steigenden Einfluß ausgeübt. Genug, die Gewerkschaftsbewegung hat sehr wesentlich dazu beigetragen, daß beim Zusammenbruch des politischen Systems in Deutschland die Arbeiterklasse die politische Macht in die Hände nehmen konnte.

Mit der Durchführung der politischen Revolution sind aber die Aufgaben der Gewerkschaften noch keines-

wegs erschöpft, wie man das früher oft meinte. Die Aufhebung der Klassengegensätze in der Gesellschaft, die Sozialisierung, ist nicht bloß eine politische, sondern auch eine soziale Aufgabe. Die Reichs- und Landesregierungen können nur in großen Zügen durch die Gesetzgebung der Sozialisierung der Produktion die Wege ebnen. Die eigentliche praktische Arbeit der Durchführung wird durch alle Faktoren zu leisten sein, die bislang durch ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Gütererzeugung dienten. Diese Umwandlung muß planmäßig betrieben werden und wird von den Gewerkschaften gefördert. Diese erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge sind wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist unentbehrlich. Sie haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten. Sie sind deshalb auch im Zeitalter des Sozialismus notwendig. Deshalb der Zusammenschluß der Gewerkschaften zum Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund.

Der Zweck des vom 10. Gewerkschaftskongreß beschlossenen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist ein ständiges Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Zentralverbände zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Dieser Zweck soll erreicht werden durch: a) die Förderung der gewerkschaftlichen Agitation; durch Sammlung und Verwertung sozialpolitischer Materialien, Aufnahme allgemeiner gewerkschaftlicher Statistiken, Herausgabe von Publikations- und Agitationschriften; b) die Förderung und Wahrung des Arbeiterschutzes, Unterhaltung von Beratungs- und Vertretungsstellen in Rechtsstreitigkeiten, Durchführung der Wahlen für die sozialpolitischen Arbeitervertretungen; c) die Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse; d) die Abgrenzung der Organisations- und Agitationsgebiete der Gewerkschaften und die Entscheidung über Grenzstreitigkeiten; e) die gegenseitige Unterstützung der Gewerkschaften in der Durchführung außerordentlicher Kämpfe; f) die Pflege internationaler Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer Länder. Es handelt sich also um gewerkschaftliche Aufgaben, deren Erfüllung allen Gewerkschaften ein gemeinsames Bedürfnis ist. Wollte jede Gewerkschaft für sich allein an die Erfüllung solcher Aufgaben herantreten, so würde oftmals überhaupt kein Resultat erzielt werden und immer ein zu großer Aufwand an finanziellen Opfern und Kraft dazu erforderlich sein. Sie werden am zweckmäßigsten durch den Bund erfüllt.

Zur Mitgliedschaft im Bund sind alle Gewerkschaften zugelassen, welche die Bundesstatuten sowie die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse anerkennen und keine Konkurrenzorganisation einer schon angeschlossenen Gewerkschaft darstellen. Ueber die Aufnahme in den Bund entscheidet der Bundesausschuß. Es ist Pflicht der im Bund vereinigten Gewerkschaften, gegenseitig ein geistliches Nebeneinander- und Zusammenwirken zu fördern. Jeder Verband darf nur unter den Arbeitern und Arbeiterinnen seines Berufs oder seiner Industrie-gruppe Mitglieder werben.

Die örtlichen Organisationen der Gewerkschaften bilden gemeinsame Ortsausschüsse (bisher Gewerkschaftskartelle). Jedem Ortsausschuß liegt die Pflicht ob, die gemeinsamen gewerkschaftlichen Interessen der Mitglieder am Ort zu vertreten, insbesondere die Wahlen zu den Schlichtungsausschüssen, den Versicherungsämtern, den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, den Krankenkassen und Handwerkskammern und zu sonstigen Arbeitervertretungen vorzubereiten.

Wie die Organisation der deutschen Zimmerer schon der ersten gemeinschaftlichen Gewerkschaftsorganisation, dem Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbande, angehörte, hat sie auch seinem Nachfolger, dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungsverbande, angehört. Als dieser im Jahre 1874 gerichtlich „vorläufig geschlossen“, im Prozeß 1875 freigegeben, dann aber infolge der Einigung in der Arbeiterbewegung liquidiert wurde, wirkte die Zimmererorganisation wiederum auf einen Zusammenschluß der Gewerkschaften hin. Den Erfolg dieser Bestrebungen verhinderte der Erlaß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878. Als Anfang der achtziger Jahre in Berlin ein Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften gegründet wurde, war ihm die Zimmererorganisation angeschlossen. Ein Gewerkschaftsprozess im Jahre 1883 gab dem Komitee den Todesstoß. Unser Zentralverband gehörte zu den Gründern der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1890 und ist ihr immer angeschlossen gewesen. Er ist nunmehr natürlich auch Mitglied des neuen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Im Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbande wirkte unser Kamerad Gustav Lübker als Vizepräsident. Im Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungsverbande bekleideten diesen Posten die Gebrüder August und Otto Kapell abwechselnd, Kamerad v. Mielke war Kassierer. Kamerad August Kapell förderte dann die Bestrebungen zum Zusammenschluß der Gewerkschaften bis zum Jahre 1878. Dem Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften gehörte Kamerad Marzian an. Mitglied der Generalkommission war von 1893 bis 1896 Kamerad Schrader, von 1896 bis 1902 Kamerad Bringmann. Seit der Sitzverlegung der Generalkommission von Hamburg nach Berlin im Jahre 1902 ist Kamerad Rube ihr Kassierer. Er bekleidet diesen Posten auch im neuen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Genug, in der deutschen Zimmererorganisation war die Idee des Zusammenwirkens der Gewerkschaften von jeher lebendig und wirksam. Wir dürfen hoffen, daß es immer so bleiben wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Statistikkarte für den 27. September

ist fällig. Sofortiges Ausfüllen und Einsenden ist dringende Pflicht. Die Feststellungen werden auch im vierten Vierteljahr weitergeführt. Das Material wird den Zahlstellen rechtzeitig zugehen. Der Zentralvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Bericht über eine Agitationsreise durch Thüringen und Provinz Sachsen.

Im Auftrage des Zentralvorstandes referierte ich in der Zeit vom 15. August bis 7. September in den Zahlstellen Eisenach, Salzungen, Meiningen, Suhl, Arnstadt, Rudolstadt, Kahla, Jena, Weimar, Erfurt, Gotha, Langensalza, Mühlhausen, Eisleben, Halle, Merseburg, Wittenberg, Dessau, Bitterfeld, Schönebeck, Burg b. Magdeburg, Nienleben und Bernburg über das Thema: „Die gegenwärtige Situation und die Aufgaben unseres Zentralverbandes“. Die Versammlung in Suhl konnte infolge eines Mißverständnisses nicht stattfinden. Die Zahlstelle Magdeburg teilte mit, daß auf Beschluß einer Sitzung der Verbandsfunktionäre auf mein Erscheinen verzichtet würde. Der Besuch hätte in allen Versammlungen ein besserer sein können; als Entschuldigung für den schlechten Besuch wurde die Ernte und der weite Weg, den die Kameraden bis zu ihrer Wohnung machen müssen, angegeben. Mehr als 50 pzt. der Mitglieder waren erschienen in Rudolstadt, Gotha, Eisleben und Schönebeck. In den besuchten Zahlstellen sind zusammen rund 4000 Mitglieder vorhanden; davon haben 1135 die Versammlungen besucht. Angenehm berührt hat die große Aufmerksamkeit, mit der das Referat entgegengenommen wurde. Im allgemeinen waren die Kameraden mit den Ausführungen einverstanden und besprachen im Rahmen der Ausführungen zu handeln. Leider ist aber durch die politischen Wirrnisse in einigen Zahlstellen ein Teil unserer Mitglieder von der Gewerkschaftsarbeit abgelenkt worden; diese Mitglieder glauben, in einer politischen Versammlung zu sein. In jedem Verbandsangestellten erblicken sie einen Verräter. Sie gehen von vornherein mit der Absicht in die Versammlung, die lange aufgestapelten Kraftausdrücke einmal an den Mann zu bringen. Die Versammlung in Gotha nahm einen sehr würdigen Verlauf; nach Beendigung des Vortrages verließ von den gut 150 anwesenden Mitgliedern der größte Teil die Versammlung, um noch rechtzeitig die Eisenbahn zu erreichen. Es blieben noch circa 35 bis 40 Mann im Lokal; von diesen nahm ein Mitglied das Wort, um ein ganzes Schlagwörterlexikon loszulassen. Alle Kraftausdrücke, vom Bonzen bis zum Verräter, mußten herhalten, um glaubhaft zu machen, daß die Gewerkschaftsangehörigen nur für sich selbst sorgen, im übrigen aber die Arbeiterschaft verraten. Diese Ausführungen wurden durch demonstratives Bravo unterstützt. Ich habe in meinen Schlußausführungen mein Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß es möglich sei, mit derartigen inhaltslosen Ausführungen Eindruck zu machen. Nach Schluß der Versammlung mußte ich dann erfahren, daß der Redner erst in diesem Jahre

Mitglied unseres Verbandes geworden sei. Vor dem Kriege war er Mitglied im Holzarbeiterverband, während des Krieges wurden keine Beiträge bezahlt, und nach Beendigung des Krieges mußten erst scharfe Maßnahmen ergriffen werden, um ihn dem Verbands zuzuführen. In Wittenberg und Bitterfeld gingen die Wogen ebenfalls ziemlich hoch. In Bitterfeld wurde ernstlich das Verlangen gestellt, die Angestellten des Verbandes sollten sich der U. S. V. anschließen oder von ihren Posten zurücktreten. Hier wurden auch alle Schlagwörter gebraucht, um den Glauben zu erwecken, daß die Angestellten am dem ganzen Elend schuld seien. Es war mir aber möglich, mit den Kameraden zu diskutieren, und ich habe den Eindruck mitgenommen, daß wir uns bedeutend näher gekommen sind. In der Versammlung in Merseburg machten der Delegierte zur 21. Generalversammlung und das von der Zahlstelle außerdem noch nach Hamburg entsandte Mitglied Mitteilungen, die die Tatsachen geradezu auf den Kopf stellen. Unter anderem wurde behauptet, daß der Zentralvorstand und die Gauleiter sämtliche Delegierten unter ihren Willen gezwungen haben. Weiter seien die Mitglieder der Opposition, wenn sie das Rednerpult bestiegen hätten, mit dem Wort „Spartakus“ vom Bureau empfangen. Man hat das Gefühl, daß einer den andern übertrumpfen will. Erfreulich in dieser Versammlung war, daß zum Schluß auch diese Redner für eine geschlossene Gewerkschaft eintreten. In allen Versammlungen, mit Ausnahme von Gotha, war man recht ungehalten darüber, daß der Gauleiterposten bisher noch nicht wieder besetzt ist. Es ist die Ansicht verbreitet, daß sämtliche Zahlstellen bei den Lohnbewegungen besser abgeschnitten hätten, wenn eine bessere Verbindung untereinander bestanden hätte. Ueberall wird verlangt, so schnell wie möglich den Posten zu besetzen. In einigen Fällen habe ich die Beobachtung machen müssen, daß die Vorstände nicht immer ihre Pflicht voll und ganz erfüllen. Es geht nicht an, daß man die Versammlungen zum Tummelplatz für die politischen Strömungen herabdrückt. Wir haben gerade genug zu tun, wenn unsere Verbandsinteressen in den Versammlungen wahrgenommen werden sollen. Mit dem Ausgang der Versammlungen bin ich voll zufrieden, ich habe die Auffassung, daß ihr Zweck erfüllt ist. Ueberall habe ich einen guten tüchtigen Stamm Mitglieder vorgefunden; das gibt mir Garantie dafür, daß unsere Zahlstellen auf der Höhe bleiben. Vor allen Dingen müssen sich aber unsere Kameraden daran gewöhnen, nicht nur zahlende, sondern auch tätige Mitglieder zu sein und alle Versammlungen zu besuchen. Frankfurt a. M., den 12. September 1919.

Heinrich Ehlers.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Beuthen (Bezirk Liegnitz), Cuxhaven, Daffow, Degow, Doberan, Feldberg i. M., Frankenhäuser, Freiburg i. Schl., Goldberg i. Schl., Graudenz, Grevesmühlen, Hönningen, Kolmar i. Posen, Lauenburg i. Pommern, Lüneburg, Lyck, Merseburg, Merchau, Neusalz, Neustettin, Ohrdruf, Rügenwalde, Sommerda, Schleiz, Schwaan, Stralsund, Wittingen, Wülfsitz, Zehdenick, Ziebingen und Züllichau.

Das Haupttarifamt für das Baugewerbe tritt am 29. September 1919 in Berlin zusammen, um die eingegangenen Sachen zu erledigen. Auf der Tagesordnung stehen 143 Sachen. Davon betreffen 26 lediglich das Tiefbaugewerbe, die übrigen 117 das Hochbaugewerbe. Davon haben 42 der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, 36 der Deutsche Bauarbeiterverband, 35 der Zimmererverband und 4 der Christliche Bauarbeiterverband anhängig gemacht.

Ein Streik in Ahrensböck hat nach viertägiger Dauer mit Erfolg geendet. Der Lohn beträgt vom 15. September an M. 2,10, vom 17. Oktober an M. 2,20 und vom 15. November an M. 2,30.

Streik in Schwaan i. M. Infolge Scheiterns der Verhandlungen mit den Unternehmern sind unsere Kameraden am 12. September in den Streik getreten. Sie fordern eine Zulage von 25 pzt.

Streik in Züllichau. Der geringe Stundenlohn von M. 1,40 nötigte unsere Kameraden zu einer Lohnforderung von 35 pzt pro Stunde. Alle Bemühungen, mit den Unternehmern in Verhandlungen zu treten, blieben jedoch fruchtlos. Am 16. September ist deshalb der Streik beschlossen worden.

Streik in Zehdenick. Nach wiederholter Ablehnung der Unternehmer, in Verhandlungen über eine Teuerungszulage einzutreten, haben unsere Kameraden am 16. September den Streik beschlossen.

Streik in Neustettin. Hier sind, so wird uns berichtet, die Zimmerer geschlossen in den Zustand getreten. Sie erhalten in der ganzen Umgegend den niedrigsten Lohn, M. 1,80 die Stunde, weil die Unternehmer bei dem Tarifabschluß vorgeben, gar keine Aufträge zu haben. Jetzt zeigt sich das Gegenteil. Außerdem ist Neustettin, obgleich es in den agrarischen Gefilden liegt, die teuerste Stadt in ganz Hinterpommern. Dem Abschluß des Tarifes mit M. 1,60 pro Stunde wurde auch nur zugestimmt in der Erwartung, daß die Kosten für die Lebenshaltung sinken würden. Das ist nicht eingetreten, sondern sie sind noch erheblich gestiegen. Um nun eintgermaßen mit der Familie leben zu können, forderten die Kameraden 25 pzt. Teuerungszulage; die Arbeitgeber bewilligten gnädigst 6 pzt. Das wurde von den Kameraden abgelehnt. Am 27. August wurde uns in Verhandlungen mitgeteilt, daß den Maurern 6 pzt. zugesagt seien, uns Zimmerern auch. Während die Maurer die Sache dem Haupttarifamt unterbreitet haben, ist uns das nicht möglich, weil wir trotz vieler Bemühungen nicht in den Besitz eines Verhandlungsprotokolls kommen. Warum, sagt folgendes: Die Maurer sind in ihrer Verhandlung am 21. August von 20 pzt. auf 12 pzt. heruntergegangen. Wenn das Tarifamt im besten Falle die 12 pzt. festsetzt, dann sollen die Zimmerer auch nicht mehr haben. Die Zimmerer sind nicht gewillt, auf einen

derartigen Kuhhandel einzugehen. Schließlich wurde uns noch ein Schriftstück zugestellt, wonach die Unternehmer die 6 pzt. vom 1. September an zahlen, sich im übrigen auf den Entscheid des Tarifamts festlegen; was dieses bestimmt, wollen sie zahlen; aber sie haben in dem Schriftstück nicht gesagt, von wann sie das zahlen wollen. Am Ende tritt das Tarifamt im November zusammen, und von dann an zahlen die Unternehmer auch die Teuerungszulage. Wir sollen also Ja und Amen dazu sagen, was mit andern Organisationen vereinbart worden ist; denn das man uns am 27. August zur Verhandlung holte, geschah nur, um den Schein zu wahren. Aus all diesen Gründen sind die Zimmerer einstimmig und geschlossen in den Zustand getreten. Wir haben es hier mit Unternehmern zu tun, die durch den Krieg nichts, aber auch gar nichts gelernt haben. Der Verdienst ist bei ihnen gut, daß sie dem Arbeiter, der den Gewinn erarbeiten muß, auch etwas zukommen lassen, davon ist gar keine Spur.

Zum Streik in Byritz wird uns noch geschrieben: Bei Ablauf unseres Tarifes am 31. März dieses Jahres betrug der Stundenlohn einschließlich Teuerungszulage M. 1,80. Unsere Forderung lautete auf M. 1,80. Die Bewegung wurde durch Schiedspruch erledigt, der uns M. 1,60 Stundenlohn eintrug. Ueber eine neue Forderung auf 20 pzt. Zulage wurde am 25. August verhandelt, leider ohne Erfolg. Die Unternehmer boten zuerst 5 pzt., dann 10 pzt. Zulage. Am 8. September fanden neue Verhandlungen im Beisein der Gauleiter statt; sie verliefen ebenfalls resultatlos. In einer am selben Abend stattgefundenen gemeinschaftlichen Bauarbeiter- und Zimmererverversammlung wurde über die Verhandlungen berichtet und der Beschluß gefaßt, am 9. September in den Streik zu treten. Ein vorher gemachter Versuch, die Unternehmer noch in letzter Stunde unzufrieden, mißglückte. Am Mittag des 9. September waren alle Plätze leer; Polizei und Lehrlinge hatten sich dem Streik angeschlossen. Am 10. September hatten zwei Unternehmer den Maurern die geforderten 30 pzt. pro Stunde bereits bewilligt. Nun war das Eis gebrochen. Am 11. September bestellte der Vorsitzende der Unternehmerr die Lohnkommission zu Verhandlungen; hier wurde unsere Forderung bewilligt. Am 12. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Streik in Merchau. Weil die Unternehmer ihre Forderung, 20 pzt. Teuerungszulage pro Stunde, ablehnten, sind unsere Kameraden am 15. September in den Streik getreten.

Streik in Neusalz. Zur Durchführung einer Teuerungszulage von 70 pzt. sind unsere Kameraden in den Streik getreten. Sie hatten bisher M. 1,60 Stundenlohn, wohingegen ungelernete Arbeiter bereits M. 1,80 erhielten.

Streik in Graudenz. Infolge Weigerung der Unternehmer, in Verhandlungen einzutreten, haben unsere Kameraden den Streik erklärt.

Streik in Rastenburg. Wiederholte Verhandlungen in Rastenburg über eine Teuerungszulage sind gescheitert. Eine Versammlung unserer Kameraden am 13. September hat beschlossen, in den Streik zu treten.

Zum Streik in Merseburg wird uns berichtet: Nachdem in einer am 18. August in Halle stattgefundenen Verhandlung des Bezirksarbeitgeberverbandes und Vertretern des Bauarbeiterverbandes eine Teuerungszulage von nur 8 pzt. vereinbart worden war, ohne Zustimmung der Zimmerer, deren Vertreter nicht zu der Verhandlung geladen waren, nahm die Zeitung der Zahlstelle Merseburg dazu Stellung. Ehe schon unsere Kameraden in einer Versammlung zusammenkamen, entstand eine große Erregung, besonders auf dem Leunawerk, über das willkürliche Verhalten der Bauarbeitervertretung in Halle. Für einen so großen Bezirk ein so niedriges Angebot gleich bezirklich festzulegen, war höchst ungewöhnlich, es entspricht auch nicht ganz den Vergleichsvorschlägen bei den zentralen Verhandlungen in Berlin am 13. August. Man mußte damit rechnen, daß nicht alle Zahlstellen der Arbeiterorganisationen damit einverstanden sein können und wollen. Ist schon 10 pzt. Teuerungszulage sehr gering, so hätte man auf keinen Fall noch darunter gehen dürfen. Man hätte das der örtlichen Regelung überlassen müssen, zumal auch den Zimmerern keine Einladung zugegangen war, an der Verhandlung teilzunehmen. Die Verhandlung auf dem Leunawerk am 11. September sollte das letzte Wort sprechen, ob das Angebot des Merseburger Arbeitgeberverbandes und der Baufirmen des Leunawerkes Annahme finden solle. Einmütig wurde erklärt, daß es bei der stetig verteuerten Lebenslage nicht mehr möglich sei, mit den Löhnen auszukommen. Ein Ausgleich von 15 pzt. Teuerungszulage könnte wohl als die mindeste Forderung gelten. Bei der letzten Verhandlung am 10. September wurden diese Gründe den Unternehmern klargestellt und ohne die Ermächtigung zu haben, von den Vertretern ein Vermittlungsvorschlag des Bauarbeitervertreter auf 12 pzt. mit unterbrückt, um einen Streik zu vermeiden. Er fand kein Gegenkommen, die Unternehmer wollten es auf einen Kampf antworten lassen, hatte man doch unsern Vertretern zu verstehen gegeben, daß es ihnen, den Unternehmern, gleichgültig sei, ob gestreikt wird.

Die Versammlung am 12. September in Merseburg nahm gleichfalls Stellung zu dem Angebot von 10 pzt. Nach reiflicher Erwägung schlossen sich die Zimmerer dem Streik an. Die Stimmung der circa 625 Streikenden ist die beste.

Ueber Verhandlungen in Bremen wegen einer weiteren Teuerungszulage wird uns berichtet: In einer Mitgliederversammlung am 19. Juli nahmen wir Stellung zu einer weiteren Teuerungszulage. Es wurde beschlossen, an den Bund der Baugeschäfte sofort eine Forderung von M. 1,20 einzureichen und der Lohnkommission Verhandlungsfreiheit einzuräumen. Der Bund der Baugeschäfte verwies uns an die Zentralinstanzen. Nachdem am 12. und 13. August in Berlin die Grundlage geschaffen war, kam es endlich am 22. August in Bremen zu Verhandlungen. Hier wurde uns nach längeren Verhandlungen ein Angebot von 40 pzt. gemacht. Auf unser Verharren bei einer weiteren Zulage versprachen uns die Unternehmer für weitere 10 pzt. in ihrer Versammlung einzutreten. Diese weiteren 10 pzt. lehnte aber eine Veramsmi-

lung der Unternehmer ab. In einer Mitgliederversammlung am 29. August stimmten die Zimmerer dem gemachten Angebot als Abschlagszahlung zu, erfuhr aber den Vorstand, in sofortige weitere Verhandlungen einzutreten. Am 30. August stellten die Kameraden auf einem Platz die Arbeit ein, nachdem ihnen ihre Forderung auf 80 % Teuerungszulage nicht bewilligt worden war. Nachdem unerseits die Unternehmer zu schnellen Verhandlungen aufgefordert waren, antworteten sie mit der Einberufung einer Schlichtungskommission. Darauf folgten andere Plagemit Arbeitseinstellung. Durch Vermittlung des Wohnungs- und Siedlungsamtes sollten nunmehr weitere Verhandlungen in die Wege geleitet werden; diese machten aber die Unternehmer von der Arbeitsaufnahme abhängig. Unsere streikenden Kameraden stimmten diesem Ansuchen nach längerer Beratung zu, wenn die Unternehmer sich bereit erklären würden, binnen 24 Stunden mit uns zu verhandeln. Nachdem die Unternehmer eingewilligt, nahmen unsere Kameraden am 9. September die Arbeit wieder auf. Am Nachmittag desselben Tages fanden bereits Verhandlungen statt. Unsere Forderung war nun die gleiche, wie sie die Streikenden gestellt hatten, nämlich 80 %. Nach längeren Verhandlungen erklärten die Unternehmer sich bereit, für folgendes Angebot einzutreten zu wollen: 40 % vom 22. August, 10 % vom 12. September und 10 % vom 1. Dezember, so daß der Lohn am 1. Dezember M. 2,90 beträgt. Die Vertreter des Arbeitgeberbundes erklärten, dieses Resultat werde wohl mehr Aussicht auf Annahme in ihrer Versammlung haben, nachdem ihre Mitglieder durch die Arbeitseinstellung eines besseren belehrt seien. Mit dem Ergebnis beschäftigte sich unsere Mitgliederversammlung am selben Abend. Nach eingehender gründlicher Diskussion erklärte die Versammlung, daß, obwohl das Resultat der Verhandlung nicht so ausgefallen sei, wie wir es entsprechend den heutigen teuren Verhältnissen wünschen müßten, es doch annehmbar sei, deshalb stimme die Versammlung dem Resultat mit Majorität zu. Sie stellte noch fest, daß hier durch das geschlossene Handeln unserer Kameraden, das zwar nicht unsern Versammlungsbeschlüssen und den vertraglichen Vereinbarungen entspreche, den Unternehmern gegenüber doch der ernste Willen kundgegeben worden sei.

Im Lohngebiet Brinkum wird eine Teuerungszulage von 60 % gefordert, und zwar ab 22. August M. 2,40, ab 15. September M. 2,70. Die Unternehmer wollen hierzu erst Stellung nehmen. — Im Lohngebiet Vegesack = Burg = da m ergaben die Verhandlungen 40 % Teuerungszulage; der Lohn steigt hier ab 12. September von M. 2,10 auf M. 2,40, vom 1. Oktober auf M. 2,50. Diesem Resultat haben beide Parteien zugestimmt. — In Scharmbeck = Ritter = hude ist das Verhandlungsergebnis nur 30 %; hier soll der Lohn ab 1. September von M. 2 auf M. 2,10 und ab 1. Oktober auf M. 2,30 steigen. Diesem Ergebnis haben wir nicht zugestimmt; eine Versammlung wird dazu noch Stellung nehmen. — Im Lohngebiet Achim brachten die Verhandlungen bisher 50 %. Die Unternehmer wollen ab 15. September M. 2,45 anstatt wie bisher M. 2,05 zahlen; weitere 10 % sollen ab 16. Oktober eintreten, so daß dann der Lohn M. 2,55 beträgt. Unsere Kameraden fordern weitere 10 %, so daß noch eine Verhandlung aussteht. — In Vienthal konnte der Lohn nur von M. 1,70 auf M. 2 gesteigert werden. — In Rotenburg war das Ergebnis 85 %; demnach beträgt der Lohn jetzt M. 2,15. — In Mahndorf fand noch keine Verhandlung statt; da hier Arbeit nicht vorhanden ist, konnte ein Druck noch nicht ausgeübt werden. — Ebenso liegt es in Syke; auch hier konnte wegen Arbeitsmangels nichts unternommen werden. Die Hineinziehung ins Brinkumer Gebiet glückte uns nicht, so daß wir weiteres abwarten müssen.

Die Teuerungszulagenbewegung in Bivdau setzte am 16. August ein. Die den Unternehmern unterbreitete Forderung lautete auf eine Zulage von 25 pZt. Sie wurde abgelehnt. In Bezirksverhandlungen wurde eine Einigung auch nicht erzielt. Nun wurden örtliche Verhandlungen beantragt. Die Unternehmer teilten mit, daß sie bereit seien, vom 29. August an eine Zulage von 20 % zu zahlen. In einer Verhandlung am 5. September wurden noch weitere 5 % geboten, vom 2. Oktober an. Eine Versammlung am 9. September lehnte indes dieses Angebot ab und forderte die 25 % rückwirkend vom 29. August. Es beschloß, daß von jedem Arbeitsplatz eine Kommission an die Unternehmer herantreten solle, um die Forderung durchzusetzen. In einer Versammlung am 12. September sollte über das Ergebnis berichtet werden. Das Vorgehen auf den Plätzen hat jedoch nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. Die Versammlung beschloß daher, sich mit dem gemachten Angebot, 20 % vom 29. August an und 5 % vom 2. Oktober an, einverstanden zu erklären. — Auf der Baustelle von Wölle ist es am 11. September zur Arbeitseinstellung gekommen. Dort hatten die Kameraden außer der Lohnzulage noch weitere Forderungen gestellt. Am 13. September wurde jedoch eine Einigung herbeigeführt, indem auf die Nebenforderungen verzichtet und die Lohnzulage von 25 % mit Rückwirkung vom 29. August zugestanden wurde. Am 13. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Platzstreik in Mainz. Die Unternehmer in Mainz verweigern die Anerkennung der in Frankfurt a. M. getroffenen Vereinbarungen mit der Begründung, daß sie dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband nicht mehr angehören. In 2 Geschäften, Fischer und Gerster, ist aus diesem Grunde die Arbeit eingestellt worden.

Streik-Ende in Duisburg. Um die bestehenden Streitigkeiten zu schlichten, sollte am 10. September die Schlichtungskommission eine befriedigende Regelung treffen. Da aber die Unternehmer kein Mandat hatten, Lohnzustandnisse zu machen, wurden weitere Lohnverhandlungen für den 13. September vereinbart. Hier machten die Unternehmer den Vorschlag, daß am 15. September die Arbeit aufzunehmen sei und der Reichskommissar entscheiden solle, wie die Streitigkeiten aus der Welt zu schaffen seien. Das wurde von unsern Vertretern einmütig abgelehnt, jedoch zugestanden, daß der Reichskommissar angerufen werden könne. Darauf fanden am 16. September im Rathaus zu Duisburg im Beisein des Zivilkommissars Thilemann neue Verhandlungen statt; es wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach der Lohn für Zimmerer in Duisburg und Umgegend M. 2,75 beträgt. Die Unternehmer erklärten hierzu, daß sie sich dem Spruche unterwerfen, und unsere Kameraden versprachen, den Schiedsspruch den Versammlungen zur Annahme zu empfehlen. Eine

allgemeine Mitgliederversammlung am 17. September nahm den Bericht entgegen und stimmte dem Schiedsspruche zu, so daß am 18. September die Arbeit nach sechswochigem Kampf wieder aufgenommen werden konnte. Erzielt ist eine Lohnerhöhung von M. 2,30 auf M. 2,75.

Vereinbarungen in Varel i. O. In Verhandlungen mit den Unternehmern am 8. September wurde eine Zulage von 25 % pro Stunde vereinbart. Beide Parteien haben zugestimmt. Die Zulage ist am 12. September bereits ausgezahlt worden.

Der Streik in Soltau ist beigelegt. Die Unternehmer bewilligten 20 % Teuerungszulage, so daß sich der Stundenlohn auf M. 1,90 stellt.

Verhandlungen in Uelzen haben zu nachstehendem Ergebnis geführt: Ab 1. September rückwirkend 20 % und ab 1. November weitere 5 % Teuerungszulage. Unser Stundenlohn ist somit ab 1. November 205 %. Die Forderung lautete auf 30 % für die Stunde.

Vereinbarungen in Saalfeld. Nachdem Verhandlungen mit den Unternehmern zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hatten, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Die von ihm gefällte Entscheidung spricht unsern Kameraden eine Zulage von 22 % pro Stunde zu, wodurch sich der Stundenlohn auf M. 1,90 erhöht. Wenn kein größerer Erfolg erzielt ist, so liegt das in der Hauptsache an den erheblich geringeren Löhnen in den Nachbarorten.

Vereinbarungen in Culm. Am 27. August haben in Culmsee Verhandlungen für Culm stattgefunden. Sie gestalteten sich sehr schwierig, endeten aber doch mit einer Vereinbarung. Der Stundenlohn beträgt jetzt M. 1,80, für Arbeiten über Land M. 1,85. Eine Geschirrentschädigung durchzuführen war nicht möglich; hingegen wurden Kilometergelder vereinbart bei Arbeiten über 2 Kilometer Entfernung, die durch Fußmarsch erreicht werden müssen.

Streik und Vereinbarungen in Soltau. Weil die Unternehmer ihre auf 15 pZt. Teuerungszulage lautende Forderung ablehnten, stellten unsere Kameraden in Soltau am 1. September die Arbeit ein. In einer am selben Tage abgehaltenen gemeinschaftlichen Versammlung mit den Unternehmern einigte man sich dahin, die Regierung zu ersuchen, die Teuerungszulage zu übernehmen. Bis zum 4. September wurde Antwort erwartet; die Arbeit sollte inzwischen fortgesetzt und falls bis zu dem angegebenen Termin eine zusage Antwort nicht eingegangen, wieder eingestellt werden. Die gewünschte Antwort blieb aus, infolgedessen wurde die Arbeit wieder niedergelegt. Nach erfolgter Ermigung mit den Unternehmern auf eine Zulage von 10 pZt. wurde der Streik am 8. September beendet.

Der Streik in Eilenburg ist beendet. Die Arbeit wurde am 13. September wieder aufgenommen. In einer nochmaligen Verhandlung bewilligten die Unternehmer nach längerem Sträuben eine Zulage von 25 %. Die Forderung unserer Kameraden lautete auf 30 %. Das Verhandlungsergebnis wurde von einer Versammlung unserer Kameraden einstimmig angenommen.

Der Streik in Wohlau ist erfolgreich beendet. Die Forderung wurde anerkannt.

Streik und Vereinbarungen in Briesg. Nach zweitägiger Dauer des Streiks wurde eine Lohnerhöhung von 20 % pro Stunde vereinbart, rückwirkend ab 1. September. Der Stundenlohn ist jetzt M. 1,80.

Der Streik in Wurzen ist nach eintägiger Dauer beendet. Nähere Mitteilungen fehlen noch.

Ein Streik in Burgstädt i. S. hat nur einen Tag gedauert. Die Unternehmer erklärten sich sofort zu Verhandlungen bereit und bewilligten die Forderung. Der Stundenlohn erhöhte sich ab 29. August um 20 %, ab 15. September um weitere 10 %.

Berichte aus den Jahrestellen.

Celle. Die Kameraden der Jahrestelle Celle sammelten sich am 3. September bei Knoop, Friesenwiese, um einem Vortrag unseres Gewerkschaftssekretärs Genossen E. Schädlich über „Karl Marx und seine Lehre“ zu lauschen. Schädlich erklärte in leicht faßlicher Form, was Marx die Arbeiterklasse gelehrt hat. Er ging dabei von der Stellung Marx' zu den überlieferten Geschichtsschreibern aus. Wie Marx sich der Hegelschen Auffassung angeschlossen und dem Proletariat Wege und Ziele des künftigen Klassenkampfes zeigte. Wie er den Arbeitern die Theorie vom Mehrwert festlegte und der unterdrückten Arbeiterklasse in den Gewerkschaften, denen er ein eifriger Förderer war, das wirksamste Mittel und Bollwerk im Kampfe gegen das Kapital empfahl. Der Vortrag fand aufmerksames Gehör und bot den Kameraden viel Anregung, manchem auch bis dahin Fremdes, Neues. Es wäre wünschenswert, daß viele Kameraden solchen Veranstaltungen lebhaftes Interesse entgegenbrächten und nicht fortwährend durch Abwesenheit glänzten. Ob die Sorgen im Kampfe ums Dasein viele Kameraden vom Versammlungsbesuch abhalten, oder ob sie vielleicht denken, sie könnten nichts mehr lernen? Ob viele denken, wir haben genug erreicht und können nun auf unsern Lorbeeren ausruhen? Oder ob sie vielleicht denen, die sich redliche Mühe für unsere Sache geben, auch immer wieder alles allein überlassen wollen? Fast scheint es so. In jedem Monat die zwei Stunden für seine Gewerkschaft dürften niemandem zuviel werden; ja als strengste Pflicht hätte jeder den Versammlungsbesuch zu betrachten. Dürfen wir denn im Kampfe gegen den Kapitalismus nachlassen? Wer noch nicht eingesehen hat, daß wir dann unterliegen, den muß man eindringlichst an seine Pflichten erinnern und wieder zum bewußten Klassenkämpfer umformen. Es gibt auch unter unsern Kameraden viele, denen die unmöglichsten Dinge auf politischem Gebiete im Kopfe spuken, und die darüber die allgerühmlichsten gewerkschaftlichen Forderungen vergessen. Ruft sie zur Wirk-

lichkeit zurück. Tue jeder, was in seinen Kräften steht, und wir werden wieder das sein, was wir sein wollen und was wir waren. Eine frische, fröhliche Kämpferschar im Kampfe gegen das Unternehmertum. Daß wir das nicht mehr sind, beweisen manche Dinge. Es zeigt sich bei vielen Veranstaltungen, wie Vorträgen, Versammlungen, Gewerkschaftsumzügen. Vor allen Dingen auch unsere letzte Lohnforderung zeigte, daß nicht mehr das Feuer, wie vor dem Kriege, alle Kameraden befeuert und zu gemeinsamem Wirken vereinigt. Hierher gehört auch das leidige Kapitel der privaten Fußscharbeit, womit wir uns oft beschäftigen müssen. Diesem Unfug werden wir mit scharfen Mitteln steuern müssen. Werden Euch Fälle bekannt, teilt sie der Organisationsleitung mit, und es wird Abhilfe geschaffen. Eine gute Gelegenheit, neue Kämpfer zu gewinnen, bietet sich jetzt in der Organisation der Lehrlinge; sorge jeder für seinen Teil, und wir werden sie alle für unsere Sache gewinnen. Unsere regelmäßigen Versammlungen finden an jedem 1. Donnerstag im Monat bei Knoop statt. Eine ganze Reihe Entschuldigungen über Fernbleiben sind in den kommenden Monaten hinfällig, und es wird sich dann zeigen, ob die Mehrzahl der Kameraden aus Interesselosigkeit schläft oder ob tatsächlich wirtschaftliche Umstände viele Kameraden zurückhalten. In jedem müßte so viel Pflichtgefühl und Klassenbewußtsein stecken, daß er weiß, was er sich und seiner Familie schuldig ist. Laßt uns rüstig vorwärts streben und nicht stille stehen. „Stillstand ist Rückgang!“

Deutsch-Krone. In unserer Monatsversammlung am 7. September waren von 79 Mitgliedern nur 30 anwesend. Der schwache Besuch wurde getadelt und erwartet, daß auch die Versammlungsschaulen einmal erscheinen möchten; denn so viel Zeit müsse jeder Kamerad seiner Organisation opfern. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf Stellungnahme zu einer Teuerungszulage. Da wir erst vor fünf Wochen einen Vertrag mit den Meistern geschlossen haben, wurde es für geraten erachtet, von der Zentrale aus einen Antrag auf eine neue Teuerungszulage zu stellen. Die beitragsrückständigen Kameraden wurden aufgefordert, ihre Verpflichtung zu begleichen, damit endlich die alten Marken eingeschickt werden könnten. Da die Lohnzahlung noch immer nach Beendigung der Arbeitszeit geschieht, soll dahin gewirkt werden, daß sie in die Arbeitszeit verlegt wird. Scharf gerügt wurden diejenigen Kameraden, die nach Feierabend noch immer „Kammerarbeit“ machen. Hiergegen müsse energisch eingeschritten werden, eventuell mit Hilfe der Meister; denn der achtstündige Arbeitstag sei strengstens einzuhalten. Mit einer Mahnung, das nächste Mal vollzählig zu erscheinen, wurde die Versammlung geschlossen.

Deutsch-Diffa. In einer regelmäßigen Mitgliederversammlung am 3. September sprach Kamerad Schmidt, Breslau, über den Wiederaufbau Nordfrankreichs. Er warnte vor Anwerbungen, die schon hier und dort betrieben würden, und empfahl bis zur völligen Regelung der Angelegenheit zu warten. Kamerad Nibel schloß sich diesen Ausführungen an. Im Kartellbericht wurde mitgeteilt, daß die Differenzen zwischen Gastwirten und Musikern beigelegt seien. Unter „Verbandsangelegenheiten“ machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß von dieser Woche ab der Breslauer Lohn gezahlt werden müsse. Falls das nicht geschehe, solle am Sonnabendabend sofort zusammengetreten werden, um eventuell zur Arbeitseinstellung zu schreiten. Der Gauleiter empfahl ruhiges, besonnenes Handeln; die Regelung der Teuerungszulage könne auch auf zentralem Wege erfolgen. Wegen Beschäftigung von auswärtigen wohnhaften Leuten bei der Rattowitzer Firma hier selbst hat Kamerad Nibel beim Landrat angefragt. Falls an Orte genügend Arbeitslose vorhanden sind, habe die Entlassung der betreffenden Leute zu erfolgen. Den Klagebelegierten wurde aufgegeben, sich der Lehrlinge mehr anzunehmen, damit auch für sie etwas geschehe. Dann kam noch eine Angelegenheit zur Sprache, betreffend Familienunterstützung, über die an den Zentralvorstand berichtet werden soll.

Eggenfelden i. Bayern. Ein Zeichen, daß die Zimmerer, getrieben durch die in den letzten Monaten enorm hohe Steigerung der Lebensmittelpreise, jetzt endlich den Weg zur Organisation suchen, ist eine in Eggenfelden am 7. September abgehaltene Versammlung. Nach einem Referat des Kameraden Weber, München, über „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Zimmerer und unsere nächsten Aufgaben“ traten sofort 25 Kameraden dem Zentralverband der Zimmerer bei. Ferner wurden 5 Ueber-schreibungen in unsern Verband gemacht. Es sind zurzeit 85 Mitglieder in Eggenfelden, und es ist zu hoffen, daß noch verschiedene Kameraden für unsere Sache gewonnen werden können. Vorläufig wurde Eggenfelden als Bezirk der Jahrestelle München angegliedert, bis die nötigen Vorbereitungen zur Gründung einer Jahrestelle gemacht sind.

Frankfurt a. M. Am 2. September fanden in den Lohngebieten Frankfurt, Offenbach und Hanau allgemeine Mitgliederversammlungen statt. Tagesordnung: Bericht über die am 25. und 26. August stattgefundenen Verhandlungen mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband. Die Referenten, Ege, Fehr und Heder, erstatteten Bericht. Die Verhandlungen seien recht schwierig gewesen. Die Unternehmer hätten nachzuweisen versucht, daß die Lebenshaltung der Bauarbeiter jetzt billiger geworden sei. Aber durch die Verhandlungen selbst sei das Gegenteil bewiesen. Doch unsere Forderung von 25 pZt. hätte man für nicht diskutabel erklärt. Von den Arbeitervertretern mußten sich aber die Herren um Rüscher doch sagen lassen, daß sich die Forderung auf durchaus realer Grundlage bewege. „Nach zweitägigem Verhandeln sei man sich doch einig geworden. Das Ergebnis ist bereits in Nummer 37 des „Zimmerer“ veröffentlicht.“ Heute sei zu entscheiden, ob man diese Vereinbarung annehmen sollte oder, wenn man ablehne, an zentraler Stelle mehr erreichen könne. An zentraler Stelle bestiehe jedoch die Gefahr, daß man unter die Dampf-walze gerate und mehr als 10 pZt. nicht herauskommen würden. Die Redner empfahlen Annahme der getroffenen Vereinbarungen, trotzdem festgesetzt werden müsse, daß Frankfurt selbst noch nicht die Lohnsätze ähnlicher Großstädte erreiche. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen der Referate und wurden gegenseitige Meinungen nicht vertreten. Nur wurde noch die Ansicht laut, man solle den

Unternehmern heute keine Konzession mehr machen, indem Ueberstunden geleistet würden, wo die vertraglich festgelegten Voraussetzungen nicht zuträfen. Die Platz- und Baudelegierten müßten aufs strengste darauf achten, daß die achtstündige Arbeitszeit nicht durchbrochen würde. Die lebhafte Unterstützung aller Kameraden sei hier nötig, um auch die Delegierten bei Ausübung ihrer Pflichten zu unterstützen.

Freudenstadt. Am 22. August fand im „Gasthof zum Ramm“ eine allgemeine Bauarbeiterversammlung statt. Es wurde eine Forderung von 2 M pro Stunde beschlossen; eine Kommission sollte sofort in Verhandlungen treten. Die Arbeitgeber aber weigerten sich, zu verhandeln. Wir riefen den stellvertretenden Stadtvorstand, Landgerichtsrat Rentfänger, als Vermittler an; er erklärte sich sofort bereit dazu. Zu 3 1/2 Uhr nachmittags wurden wir aufs Rathaus geladen. Trotz der Bemühungen des Herrn Stadtvorstehers scheiterten jedoch die Verhandlungen.

Am 24. August hatten wir wieder eine allgemeine Bauarbeiterversammlung, die von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags dauerte; während dieser Zeit wurde mit den Arbeitgebern zweimal in Verhandlungen getreten. Die Arbeitgeber versprachen uns 10 M vom 15. August ab und 10 M vom 1. Oktober ab. Unterdessen erhielten wir die Mitteilung aus Stuttgart, daß Freudenstadt nach den Verhandlungen im Arbeitsministerium eine Feuerungszulage von 20 M vom 15. August und 10 M vom 1. Oktober ab zustehen. Wir forderten 1,90 vom 15. August ab und 2 M vom 1. Oktober an. Zuletzt gingen die Arbeitgeber auf diese Forderung ein; sie wurde aber gleich nicht eingehalten. Wir nahmen am 25. August die Arbeit wieder auf; nur im Zimmerergeschäft blieb ruhte sie weiter, weil Lieb seine Gesellen stehen ließ, ohne ihnen Arbeit anzuweisen. Die schriftliche Vereinbarung mit der alten Klausel für „gelernte gute Arbeiter“ wurde später durch den stellvertretenden Gauleiter der Bauarbeiter, Sengle, ausgeführt. Wir wünschen diese alte Klausel so bald wie möglich zu beseitigen; denn es befindet sich kein Zimmerer in unserer Zahlstelle, der nicht 3 Jahre Lehrzeit hatte. Wie festgesetzt werden konnte, sind durch die Klausel wieder 3 Lohnstufen bei uns gemacht worden: I M 1,80, II M 1,85, III M 1,90. Für Maurer, deren stellvertretender Gauleiter dies anerkannte, mögen diese Stufen eher passen; für Zimmerer sind sie kaum annehmbar.

Göppingen. Wir hatten gemeinsam mit dem Bauarbeiterverband am 21. Juli eine Forderung auf 50 M Feuerungszulage eingereicht. Sie sollte vom 15. Juli an nachgezahlt werden. In unserer Versammlung am 1. August berichtete die Lohnkommission, die Unternehmer hätten mitgeteilt, sie seien nicht berechtigt, Verhandlungen zu eröffnen, sondern über die Feuerungszulagen würde zentral verhandelt. Es setzte dann die bekannte Verschleppungspolitik ein. Am 26. August wurde eine Mitgliederversammlung einberufen, weil eine große Unruhe die Kameraden ergriffen hatte. Die Lebensmittelpreise sind seit dem Tarifabschluß im April stark gestiegen, trotzdem fehlt jede Nachricht, ob wir eine Zulage bekommen oder nicht. Ein Schreiben des Gauleiters empfahl abwartende Stellung. So wurde die Lage immer schwieriger. Kamerad Frank berichtete, daß nach dem neuesten „Zimmerer“ die Zahlstellen drilich verhandeln sollen. Bei den Verhandlungen in Stuttgart für ganz Württemberg lehnte der Arbeitgeberverband unsere Forderung ab und machte ein Angebot von nur 10 pzt.; dieses Angebot wurde durch sofortigen Abbruch der Verhandlungen abgewiesen. Von verschiedenen Kameraden wurde sofortiger Streik verlangt. Es wurde der Antrag gestellt, den Unternehmern unsere Forderung erneut einzureichen; sollten sie bis 27. August, nachmittags 4 Uhr, nicht bereit sein, zu verhandeln, so solle am 28. August in den Streik getreten werden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. In der Versammlung am anderen Tage berichtete Kamerad Frank von seinen Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes in Göppingen. Herr Kübler habe erklärt, daß es ihm unmöglich sei, drilich zu verhandeln, er werde aber dafür sorgen, daß diese Woche noch verhandelt werde. Wir mußten unsere Forderung nochmals durch den Gauleiter einreichen. Kamerad Frank empfahl, man solle mit dem Streik warten und versuchen, zu verhandeln; wenn keine Einigung erzielt werde, könne man immer noch zum letzten Mittel greifen. Dem wurde zugestimmt. Es wurde dann beschlossen, Kamerad Frank nach Stuttgart zu senden, um mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für Württemberg zu sprechen und den Verhandlungstag zu bestimmen. Sollte sich kein Resultat ergeben, so sollte am 1. September in den Streik getreten werden. Am 1. September fand wiederum eine Versammlung statt. Kamerad Frank berichtete, daß er in Stuttgart gewesen sei und Rücksprache genommen habe. An den Verhandlungen hätten Kamerad Netter und er teilgenommen. Die Unternehmer seien sehr halsstarrig gewesen, derartig schwierige Verhandlungen habe er noch nicht mitgemacht. Schließlich habe man sich auf folgender Basis geeinigt, vorbehaltlich der Genehmigung der Versammlung: ab 15. August 30 M, ab 1. Oktober weitere 5 M. Es folgte eine lebhafteste Debatte ein, nach deren Beendigung die Vereinbarung notgedrungen anerkannt wurde. Der Stundenlohn beträgt jetzt 2,20. Es wurde noch festgestellt, daß die Gemeinschaft mit dem Bauarbeiterverband für uns ein Hemmschuh sei, schon wegen seiner vielen ungelerten Mitglieder. Kamerad Frank forderte im Schlußwort auf, treu und fest zusammen zu stehen, denn nächstes Frühjahr komme es doch zum Kampfe. Die Unternehmer hätten ihre Kampfpläne gefüllt; das merke man am besten bei den Verhandlungen. In den Versammlungen waren im Durchschnitt 100 Kameraden anwesend.

Reife. Unsere Versammlung am 10. September war leider nur schwach besucht. Nach Verlesung der Streitrechnung ging Kamerad Schmidt noch in längeren Ausführungen auf den verflochtenen Streik ein, lobte das feste Zusammenhalten und spornete an, auch in Zukunft strengste Beschlossenheit zu bewahren. Weiter schilderte er die Verhandlungen in den Zweigstellen, wobei er auch den Solerband berührte, und schließlich kam er auch auf die Wiederaufbauarbeiten in Frankreich zu sprechen. Kamerad

Platzel machte noch darauf aufmerksam, daß die Ueberlandzulage eingehalten werden müsse.

Havensburg i. Wirtbrg. Am 25. August fand hier eine Versammlung für Zimmerer und Bauarbeiter statt, die sich eingehend mit der Feuerungszulage befaßte. Der Vorstand gab bekannt, daß für Montag, 26. August, die hiesigen Unternehmer zu Unterhandlungen eingeladen wären. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß ein Feuerungszulage von 50 M pro Stunde nicht zu viel sei, da der Lohn hier nur ein geringer wäre. Diese Forderung wurde den Unternehmern unterbreitet, von diesen aber rundweg abgelehnt mit der Begründung, daß von zentraler Seite 20 M für Havensburg abgemacht worden seien. Die hiesigen Bauarbeiter und Zimmerer waren nicht zufrieden und traten hierauf in den Streik. Am dritten Tage wurden die Unternehmer noch einmal geladen in Anwesenheit unseres Gauleiters Seuger. Dieser erklärte ihnen kurz und bündig, was sie zu tun hätten, um den hiesigen Bauarbeitern einigermaßen ein Entgegenkommen zu zeigen. Wir erhielten dann eine Feuerungszulage von 35 M pro Stunde und nahmen am folgenden Tage die Arbeit wieder auf.

Sagan. Am 5. September tagte im Gewerkschaftshaus unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Ueber die Feuerungszulage wurde berichtet, daß die Unternehmer eine solche von 5 pzt. bewilligt hätten; die Nachricht vom Haupttarifamt stehe noch aus. Im zweiten Punkt wurde Beschwerde geführt, daß unser Bezirksleiter wiederholt Versammlungen anberaumt habe, selber jedoch nicht erschienen sei. Die Folge davon ist ein sehr schlechter Versammlungsbefuch. Es wurde ein Antrag eingebracht, unsere Zahlstelle dem Gau Breslau anzuschließen. Im nächsten Punkt gab es einige Aufklärungen von der Lebensmittell-Kommission. Unter „Verschiedenes“ wurden örtliche Verhältnisse besprochen. Da ein großer Wohnungsmangel herrscht, haben die Unternehmer den Antrag gestellt, die Arbeitszeit zu verlängern. Die Sache soll geprüft und die Zustimmung nur dann gegeben werden, wenn der tarifliche Zuschlag für Ueberstunden gezahlt wird.

Elst. Unsere Monatsversammlung am 7. September beschloß sich zunächst mit der Streikfrage. Die Forderung der Maurer und Zimmerer lautete auf 35 M Feuerungszulage, das Angebot der Unternehmer auf 5 pzt. Die Verhandlungen am 20. August in Königsberg führten zu keiner Einigung. Die Maurer traten am 1. September in den Streik. Am 2. September fanden erneute Verhandlungen in Königsberg statt, doch waren die Unternehmer aus Elst nicht erschienen. Sie teilten indes telegraphisch mit, daß sie ihr Angebot von 5 pzt. zurückzögen und erklärten die Maurer für vertragsbrüchig. Am 3. September traten auch die Zimmerer in den Streik. Die Vorstände riefen die Schlichtungskommission an; sie trat am 4. September zusammen. Das Resultat ihrer Verhandlungen war eine Feuerungszulage von 25 M pro Stunde, die von beiden Parteien angenommen wurde. Am 5. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Geschlossenheit der Maurer und Zimmerer hatte einen guten Erfolg erzielt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde ein Bezirkskassierer für die Stadt gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde angeregt, diejenigen Mitglieder, die nicht vom Streik betroffen waren, weil sie über Hand arbeiteten, einen Beitrag von 2 M an die Lokalkasse zahlen zu lassen. Dieser Anregung stimmte die Versammlung zu. Dem Vorsitzenden wurde für seine Mühewaltung eine Summe von 10 M bewilligt. Es wurde dringend ermahnt, das Baudelegiertenwesen besser auszugestalten. Von einer Neuordnung der Vorstandentschädigung wurde abgesehen, sie soll in der nächsten Versammlung behandelt werden. Leider war der Besuch der Versammlung nur mäßig. Es wäre gut, wenn die Kameraden mehr auf dem Posten wären, um das Erregene zu behaupten und zu festigen.

Waldburg i. Schl. Am 2. September tagte im „Goldenen Stern“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Von den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund berichtete der Vorsitzende, daß sie gänzlich gescheitert seien. Der Arbeitgebervorsitzende habe uns 5 pzt. Feuerungszulage angeboten; wir hätten dieses Angebot jedoch nicht einstimmig angenommen. Unsere Forderung lautete auf M 1,10, so daß der Stundenlohn auf M 2,50 kommen würde. Die Versammlung überwies die Sache dem Haupttarifamt, damit dieses einen Schiedsspruch fälle. Bis dahin soll abwartende Stellung eingenommen werden. Nach einer kurzen Ansprache über die Situation ging Kamerad Schmidt noch auf die sogenannte Urlaubentschädigung anderer Organisationen ein, die bei einigen Kameraden auf heftigen Widerstand gestoßen ist. Ueber die Grubenzimmerer wurde berichtet, daß ihr Lohn jetzt etwas höher stehe als der im Hochbau. Dieser Vorzug sei ihnen natürlich gern gegönnt. Große Verwunderung erregte die Mitteilung, daß sich die Zahlstellen Liegnitz und Hirschberg mit 20 beziehungsweise 18 M geeinigt hätten. Unter „Verbandsangelegenheiten“ richtete der Vorsitzende an die Grubenzimmerer einen Appell, die Zimmerer am Hochbau nötigenfalls kräftig zu unterstützen. Zugleich teilte er mit, daß zur Beratung über einen neuen Tarif für die Gruben bereits eine Revierkonferenz auf den 30. September einberufen sei. Kamerad Stief berichtete über die Vorbereitungen für den beschlossenen Ausflug mit Kinderfest. Kamerad Weirauch rügte die Schwarzarbeit, von der einige Kameraden noch immer nicht lassen könnten. Die Kameraden wurden namhaft gemacht; ebenfalls ein Kamerad Herzog aus der Wüstewaltersdorfer Gegend, der sich bis jetzt der Organisation noch nicht angeschlossen hat. Kamerad Schmidt ermahnte noch, daß man sich besonders der neugewonnenen Mitglieder annehmen und sie zu guten Gewerkschaftern erziehen möge. Ein Bericht über den Stand der Jugendbewegung konnte auch in der heutigen Versammlung noch nicht gegeben werden. Hierzu wurde die Wahl einer besonderen Kommission angeregt, die sich der Jugend anzunehmen habe. Auch eine Lohnregelung unserer Jugend wurde für notwendig erklärt. Kamerad Schmidt machte noch auf die Kohlennot in Breslau aufmerksam; hierin müßte Waldburg Abhilfe schaffen, weil sonst zum Winter die Zustände unhalbar würden.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Aus Amerika ist uns seit Abbruch des Krieges die erste Gewerkschaftszeitung, die „Deutsch-amerikanische Bäckerzeitung“ vom 30. August 1919, wieder zugegangen. Ueber die Steigerung der Lebensmittelpreise in Amerika schreibt unser Bruderblatt: Vom 15. Mai 1918 bis zum 15. Mai 1919 sind die Preise der Nahrungsmittel um 91 pzt. gestiegen und nach den Mitteilungen des Regierungsbureaus für Arbeiterstatistiken wird die Preissteigerung sogar noch andauern. Während der erwähnten Periode stieg das Fett um 146 pzt. im Preise, das Mehl um 127 pzt., der Speck um 110 pzt., Weizenmehl um 107 pzt., Schweinestoteletten und Kartoffeln um je 106 pzt., Schinken und Lammfleisch um je 104 pzt., Eier um 102 pzt., Zucker und Fäbner um je 96 pzt., Butter um 89 pzt., die einzelnen Rindfleischsorten um 77 bis 87 pzt., Brot um 75 pzt. und Milch um 69 pzt.

Briefkasten der Redaktion.

Versammlungsberichte müßten eine Anzahl zurückbleiben. Papiermangel läßt das Erscheinen einer achtfertigen Nummer nicht zu. Trotzdem werden die Berichte sämtlich veröffentlicht, und zwar in der Reihenfolge, wie sie hier eingehen. Proteste wegen nicht sofortiger Veröffentlichung sind zwecklos, sie können daher unterbleiben.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

- Montag, den 29. September:**
Anklam: Abends 8 Uhr im Stadttheater, Friedländer Straße.
- Mittwoch, den 1. Oktober:**
Barmen-Eberfeld, Bezirk Velbert: Abends 7 1/2 Uhr im Lokale von Ditting, Poststraße. — Duisburg: Abends 7 Uhr bei Maritz, Feldstr. 9. — Flottbek: Abends 8 Uhr bei O. Baumann, Dockenhafen. — Sonderburg: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Wesel: Nachm. 5 1/2 Uhr bei Kolling, Baustraße.
- Donnerstag, den 2. Oktober:**
Augsburg: Abends 7 Uhr im „Wittelsbacher Hof“, Jesuitengasse. — Celle: Abends 8 Uhr bei Knoop, Friesenwiese. — Deutsch-Wilfa: Abends 8 Uhr bei Felgner, „Zum gelben Löwen“. — Greifswald: Bei Benz, Lange Reihe 19. — Lissa i. P.: Abends 6 1/2 Uhr in Hergels Restaurant, Neuer Ring. — Schwartau: Im Vereinslokale von J. Siffke in Rensfeld.
- Freitag, den 3. Oktober:**
Coburg: Im „Goldenen Hirsche“, Judengasse. — Duisburg-Nord: Abends 7 Uhr bei Okenrath in Saar. — Ebernburg: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Korbheim: Nach Feierabend. — Neustlingen: Nach Feierabend in der „Eintracht“. — Wittenberge: bei Herrn Jahn, Steinstraße.
- Sonntag, den 4. Oktober:**
Annaberg-Buchholz: Im Restaurant „St. Privat“. — Acherleben: Im „Prinz von Preußen“. — Bargeheide: Bei Wellmann. — Barmen-Eberfeld: Abends 7 1/2 Uhr bei Hegelich, Unter-Barmen, Allee 31. — Bochum: Abends 6 1/2 Uhr bei Heinz, Krenkel, Marktmarkt. — Bergen b. Celle: Abends 8 Uhr in „Stadt Hannover“. — Bernburg: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Bremerbörbe: Bei Stalles. — Duisburg-Oberhausen: Abends 7 Uhr bei Mosler. — Gelsenkirchen: Abends 8 Uhr bei Edermann, Dillienstraße. — Grimmen i. Pomern: Abends 8 Uhr bei Witwe Gierke, Nordberghinterstraße. — Herne: Abends 8 Uhr bei Witwe Wonn, Bochumer Straße 7. — Lössau: Im Fern-Restaurant. — Lüchow. — Neubrandenburg: Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus. — Neustädte: Nachm. 5 Uhr in Herzogs Restauration. — Orlanburg: Abends 8 Uhr bei Großmann, Mühlenstraße. — Rostlau: Abends 8 Uhr im „Fürst Bismarck“. — Zeitz: Bei Bode, Gartenstr. 45.
- Samstag, den 5. Oktober:**
Alstedt i. Th.: Nachm. 8 Uhr im Gasthof „Zum Anker“. — Cöthen: Nachm. 8 Uhr in der „Ludwigs-halle“. — Erfurt: Nachm. 4 Uhr bei Grund, Königsstraße 52. — Effen: Vorm. 10 Uhr im Lokale „Stadt Eberfeld“, Steeler Straße, Ecke Postallee. — Garz a. Rügen: Abends 7 Uhr im Gasthof Pries, Putbusser Straße. — Hagen i. W.: Vorm. 9 1/2 Uhr bei Heinrich Marpe, Ulmer Straße 3. — Kulmbach: Nachm. 2 Uhr bei Max Rupp in Rehdorf. — Labiau: Nachm. 2 Uhr im Lokale von Mertins, Dammstraße. — Meseritz: Vorm. 9 Uhr bei Fechner, Schweriner Straße 2. — Mülheim a. Rh.: Vorm. 10 Uhr bei Gustav Weise in Dugh, Mülheimer Straße 187. — Ravensburg: Im „Möhren“. — Solingen: Vorm. 10 Uhr bei Witwe Kirchner, Hochstr. 27. — Steinach i. S.-M.: Nachm. 8 Uhr bei Ottomar Wolmiz. — Uelzen: Nachm. 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 10. September starb nach kurzem Leiden der Unterkassierer des Bezirks Rothenstein, Kamerad **Artur Eckardt.** Er gehörte dem Verband seit 7. Juli 1907 an und war ein eifriges Mitglied. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Zahlstelle Kahla. [M. 3,90]